



Rubrik vom 25. Januar 2007

Gewerbeverband der Stadt Zürich

Freude herrscht: Politiker kämpfen für KMUs!

Der Fall der Bäckerei Stocker hat die guten Geister im Zürcher Stadtparlament geweckt! SVP, FDP, CVP, Grüne, EVP und Grünliberale haben sich mit deutlicher Mehrheit durchgesetzt. Die Lärmverordnung der Stadt Zürich muss vollständig überarbeitet und den Bedürfnissen des Gewerbes besser angepasst wird. Die entsprechende Motion hatte die KMU-Gruppe im Gemeinderat zwar bereits vor mehr als einem Jahr eingereicht, der Lärmstreit mit der Bäckerei Stocker hat nun für eine breite Zustimmung gesorgt. Mit der Überweisung an den Stadtrat ist nun der Weg frei für eine gewerbeverträgliche Lärmschutzverordnung. Ein Postulat von Michael Baumer (FDP) verlangt zusätzlich, dass der Stadtrat im Lärmstreit mit der Bäckerei Stocker für eine verhältnismässige Lösung sorgt. Ausserdem sollen die geplanten Schallschutzmassnahmen nicht länger vom Amt für Baubewilligungen blockiert werden. Auch dies wurde von der Parlamentsmehrheit deutlich gutgeheissen. Schade, dass sich der Stadtrat trotz Protestkundgebung des Gewerbeverbandes vom 13. Dezember 2006 nicht zu einem Umdenken bewegen liess. Von den KMU verlangt man die gleiche Perfektion bis in die kleinsten juristischen Details. Im Gegenzug kann es sich die Stadt leisten, über 20 Jahre Gewerbebetriebe zu büssen, ohne Rechtsgrundlage notabene, wie dies das Bezirksgericht Zürich im Fall Stocker nun entschieden hat.

Die Sofa-Perspektive des Stadtrats

Trotz unbefriedigendem Status sieht der Stadtrat somit weiterhin keinen Handlungsbedarf, obwohl die – praktisch gewerbefreien - Retortensiedlungen in Oerlikon und Seebach bereits mit weiteren Steuergeldern künstlich belebt werden müssen. Allerdings werden auch ein paar Parkbänke nicht helfen, diesen neuen Quartieren Leben einzuhauchen. Die SP folgt dem Stadtrat, mit der Begründung, sie nehme die Anliegen der Bevölkerung ernst. «Die Erkenntnis, dass auch Arbeitsplätze zu den Anliegen der Bevölkerung zählen, ist offenbar nicht bis zu den Sozialdemokraten durchgedrungen», so der zynische Kommentar der NZZ. Es ist noch kein halbes Jahr her, dass die Gewerkschaft Unia mit einem 12-Punkte Programm die Förderung des Gewerbes offiziell gefordert hat. Das Gewerbe und die KMUs rufen alle Politikerinnen und Politiker auf, sich den Bedürfnissen ihrer Wählerschaft anzupassen –zum Wohle aller!

Richard Späh, Präsident
Gewerbeverband der Stadt Zürich
www.gewerbezuerich.ch